



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet

Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de

Veröffentlichungsdatum: 23. Dezember 2019

Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse

Veröffentlichungspflichtiger: HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH,
Hamburg

Fondsname:

ISIN:

Auftragsnummer: 191112054908

Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.

HVV
Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH
Hamburg
Jahresabschluss
zum Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018

LAGEBERICHT
für das Geschäftsjahr 2018

HVV HAMBURGER VERKEHRSVERBUND GESELLSCHAFT MBH, HAMBURG

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Allgemeine Grundlagen

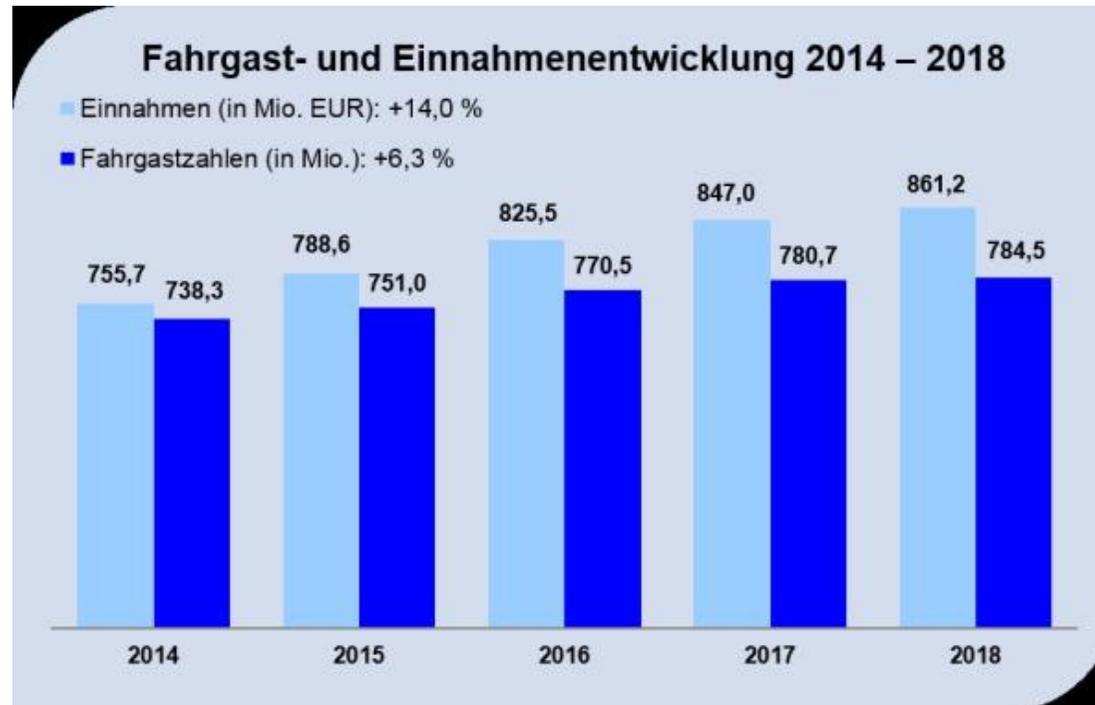
Eine Fahrkarte, ein Tarif und ein abgestimmtes Verkehrsangebot, das sind die Vorteile eines Verkehrsverbundes und nach diesem Prinzip arbeitet auch der Hamburger Verkehrsverbund (HVV). Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde die Gesellschaft Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV GmbH) gegründet. Heute übernimmt die HVV GmbH für drei Bundesländer, sieben Kreise und Landkreise, 29 Verkehrsunternehmen und rund 3,4 Mio. Einwohner das Management des gesamten Verkehrsangebotes, d. h. für alle Bus-, Fähr- und Schienenverkehrsleistungen im HVV.



Fahrgast- und Einnahmenentwicklung des Verbundes

Trotz gestiegener Kraftstoffpreise, stark zunehmendem Fahrradverkehr und stagnierender Schüler- und Auszubildendenzahlen haben sich die Nachfragekennziffern des Hamburger Verkehrsverbundes im Jahr 2018 wegen des anhaltenden Beschäftigungs- und Bevölkerungszuwachses im Verbundgebiet sowie absatzbezogener Marketingmaßnahmen in Hamburg positiv entwickelt.

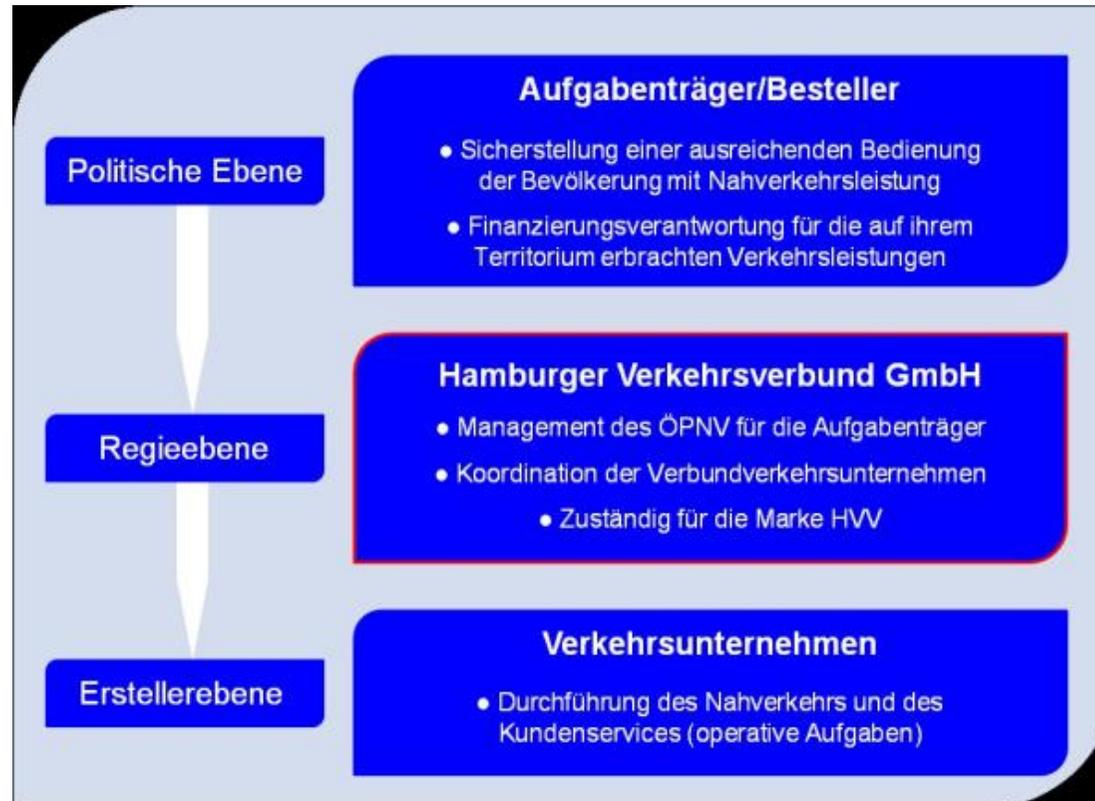
Die Fahrgastzahl im Jahr 2018 ist gegenüber dem Vorjahr von 780,7 Millionen auf 784,5 Millionen angestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 0,5 Prozent bzw. 3,8 Millionen Fahrgästen. Die Fahrgeldeinnahmen sind im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr von 847,0 Millionen Euro auf 861,2 Millionen Euro gewachsen, was einer Steigerung um 1,7 Prozent bzw. 14,2 Millionen Euro entspricht. Dabei resultieren etwa 9,2 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der letzten Tarifierhebung vom 01.01.2018.



Die Nachfrageentwicklung resultiert hauptsächlich aus der überdurchschnittlich gestiegenen Nachfrage bei den Zeitkarten des Berufsverkehrs und den sonstigen Drittangeboten. Die Nachfragegewinne in diesen Fahrkartensegmenten konnten die Rückgänge im Gelegenheitsverkehr, bei den Teilzeitkarten und im Ausbildungsverkehr soweit kompensieren, dass ein positives Gesamtnachfrageergebnis verzeichnet wurde.

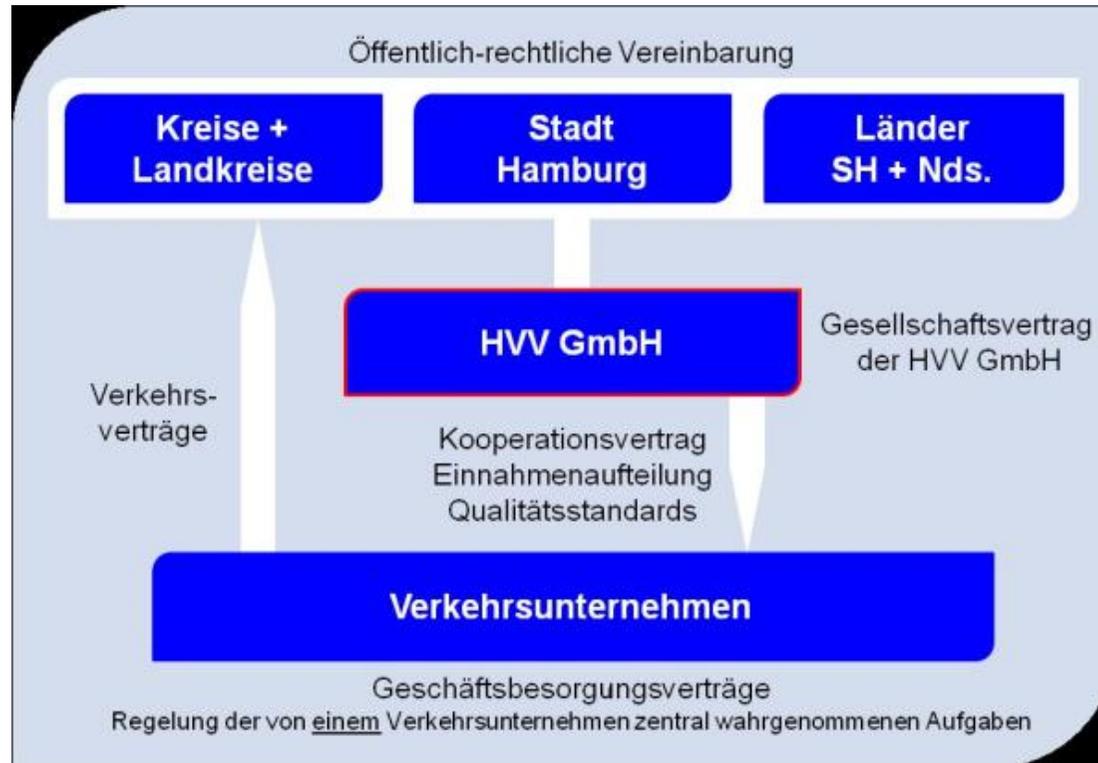
1.2. Organisatorische Struktur

Die HVV GmbH ist in ein sogenanntes drei Ebenen-Modell eingebunden. In dieser Aufgabenteilung wird von der politischen Ebene die Aufgabenträger- und Bestellerfunktion für den ÖPNV wahrgenommen. In deren Auftrag übt die HVV GmbH Regie- und Managementfunktionen aus. Die Verkehrsunternehmen sind für die Erstellung der Leistung verantwortlich. Ihre Arbeit wird im Hinblick auf ein integriertes, für die Kundinnen und Kunden leicht zugängliches Angebot vom HVV koordiniert.



Die verantwortlichen Gebietskörperschaften (Aufgabenträger), als Gesellschafter der HVV GmbH, finanzieren den entstehenden Aufwand der HVV GmbH in Form eines Fehlbetragsausgleichs. Im Rahmen des jährlich erstellten Wirtschaftsplanes werden dem Aufsichtsrat die Projektschwerpunkte zur Genehmigung vorgelegt. Im Aufsichtsrat der HVV GmbH wird nicht nur die Gesellschaft kontrolliert, sondern es werden auch die wesentlichen Entwicklungen der Nahverkehrspolitik im HVV-Gebiet diskutiert.

Der zweite wesentliche Finanzierungsblock besteht aus Beiträgen der Verkehrsunternehmen, die dauerhafte zentrale Verbundtätigkeiten beauftragen.



Als Plattform zur Erfüllung der umfangreichen Koordinations-, Führungs- und Steuerungsaufgaben im Verbund stehen im Wesentlichen Gremien, wie die Aufgabenträgerversammlung und der Unternehmensbeirat mit den angeschlossenen Arbeitskreisen sowie der Fahrgastbeirat der HVV GmbH zur Verfügung. In überregionalen Gremien vertritt die Gesellschaft die Interessen der Aufgabenträger des ÖPNV im Verbundgebiet.



Ferner werden von der HVV GmbH verbundübergreifende operative Leistungen erbracht, die von den beteiligten Verbundverkehrsunternehmen (VUU) getragen werden.



Zentrale Verbundaufgaben der HVV GmbH (ZVH / ZVG):

- Verkehrserhebung
- Einnahmenaufteilung
- Kundendialog
- Marktkommunikation
- eTicketing
- Einnahmensicherung
- Haltestellenumfeld-Koordination
- Qualitätssteuerung
- KompetenzCenter IT

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag besteht die Geschäftsführung aus zwei Personen, die die Gesellschaft gemeinsam vertreten. Eine Geschäftsanweisung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung.

Das Unternehmen untergliedert sich in folgende Bereiche und Stabsstellen:



1.3. Personal

Die Kapazitäten der Personalressourcen werden auf Basis des Vollzeitäquivalent (VZÄ) ermittelt, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Im **Jahresdurchschnitt** betrug die Personalkapazität der HVV GmbH ohne Berücksichtigung von geringfügig Beschäftigten und Aushilfen 68 Vollzeitäquivalente (Vorjahr 67 VZÄ).

Der Personalbestand weist zum **Stichtag 31.12.2018** insgesamt 67,68 VZÄ (inkl. Geschäftsführung) aus. Hiervon waren 25,65 Vollzeitäquivalente drittfinanziert (ZVH, ZVG, Elternzeit, Altersteilzeit etc.). Daraus resultiert, dass der bestehende Stellenplan für das Geschäftsjahr 2018 von 45,0 genehmigte Planstellen zum Stichtag 31.12.2018 nicht überschritten wurde. Die Anzahl der Teilzeitkräfte betrug zum Ende des Geschäftsjahres 24 Mitarbeitende (hiervon 15 weiblich), dies entspricht 16,68 Vollzeitäquivalente (hiervon 9,53 VZÄ weiblich).

Des Weiteren waren 10 Einsatzkräfte (hiervon 5 weiblich) auf Stundenbasis für Zählungen und Befragungen am 31.12.2018 beschäftigt, die im Rahmen der ZVH-Aufgaben finanziert wurden.

Personelle Kapazität (VZÄ)

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
vollzeitbeschäftigt:			
weiblich	17,00	17,00	0,00
männlich	34,00	35,00	-1,00
teilzeitbeschäftigt:			
weiblich	9,53	7,75	1,78
männlich	7,15	6,25	0,90
Gesamt	67,68	66,00	1,68

Altersteilzeit

Zum 31.12.2018 befand sich 1 Beschäftigter in der passiven Phase der Altersteilzeit.

Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Mitarbeitende

Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter betrug zum Stichtag 31.12.2018 5,57 % (4,0 Personen). Die gesetzliche Pflichtquote lag für die Gesellschaft bei 3,59 Personen.

Elternzeit

Am Jahresende befanden sich drei Mitarbeiterinnen in Elternzeit.

Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildungsstelle mit dem Ausbildungsziel „Kauffrau für Marketingkommunikation“ war im Jahr 2018 besetzt. Ferner konnte erstmalig eine Ausbildungsstelle mit dem Ausbildungsziel „Kauffrau für Büromanagement“ geschaffen und besetzt werden. Ebenso hat die HVV GmbH auch 2018 wieder das „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) unterstützt und eine Einsatzstelle für ein ökologisches Bildungsjahr angeboten.

Die Belegschaft wird durch einen Betriebsrat vertreten. Es besteht eine ungekündigte Betriebsvereinbarung, die in Anlehnung an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der deutschen Länder die linearen Gehaltsanhebungen übernimmt.

2. Ablauf des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2018 verlief in dem von der Geschäftsführung geplanten Rahmen.

Neben der Wahrnehmung der Basisaufgaben der Gesellschaft sind im Berichtsjahr insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- die sukzessive Einführung des eTicketing im gesamten HVV-Verbundraum in enger Zusammenarbeit mit den Verbundverkehrsunternehmen;
- die Umsetzung der technischen Reorganisation und marktorientierten Aktualisierung der HVV-Website;
- die Erprobung konkurrierender Systeme für ein smartphonebasiertes Ticketing „Check in-Be out“ im Rahmen des Vergabeverfahrens;
- Abwicklung des Projektes „Hamburger Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDif)“ nach Feststellung der Nichtrealisierbarkeit in der geplanten Konstellation;
- die Beteiligung an den Planungen für den Ausbau der Schnellbahnen (U4, U5, S21, S4);
- die finalen Arbeiten zum Vertrag der südlichen Tarifierweiterung im SPNV;
- die Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Fahrgeldhinterziehung im Rahmen der Einnahmensicherung;
- die Integration und Positionierung des neu geschaffenen KompetenzCenters IT im Verbund;
- die Planung, Koordination und Begleitung von Maßnahmen zur Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der öffentlichen Hand die Anpassungen von Verkehrsleistungen, das Thema Wettbewerb im ÖPNV und SPNV sowie die Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen.

Sofern mit den Rahmenbedingungen der Gesellschaft vereinbar, wurden Erträge von Dritten erwirtschaftet. Der geplante Fehlbetragsausgleich wurde im Geschäftsjahr um 12,1 % unterschritten und liegt 1,7 % über dem Wert des vorangegangenen Jahres.

Nachfolgende Aufstellungen geben einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft jeweils zum Vorjahresergebnis.

2.1. Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage dient die folgende auf der Grundlage der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erstellte und nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Ergebnisrechnung.

	2018		2017		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse/Zuschüsse	7.256	55,3	5.814	51,0	1.442



	2018		2017		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Bestandsveränderungen	-69	-0,5	69	0,6	-138
Erstattung der Gesellschafter	5.552	42,3	5.458	47,9	94
Sonstige betriebliche Erträge	387	2,9	53	0,5	334
Betriebsertrag	13.126	100,0	11.394	100,0	1.732
Materialaufwand	-4.726	-36,0	-3.489	-30,6	-1.237
Personalaufwand	-5.715	-43,6	-5.325	-46,8	-390
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	-378	-2,9	-341	-3,0	-37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.047	-15,8	-2.055	-18,0	-19
Zins- / Skontoergebnis	-122	-0,9	-132	-1,2	10
Ergebnis vor Steuern	111	0,8	52	0,4	-59
Ertragssteuern	-107	-0,8	-48	-0,4	-59
Gewinnunabhängige Steuern	-4	0,0	-4	0,0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0,0	0	0,0	0

Der Anstieg der **Umsatzerlöse** im Vergleich zur Vorperiode ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für die Einführungsaktivitäten des eTicketings sowie Erlöse im Zusammenhang mit dem neu geschaffenen KompetenzCenter IT zurückzuführen.

Im Einzelnen setzen sich die **Umsatzerlöse** von Dritten wie folgt zusammen:

	2018 TEUR	2017 TEUR
Marktkommunikation	2.578	2.392
Marktkommunikation AG Absatz	461	549
Verkehrserhebung	762	666



	2018 TEUR	2017 TEUR
Einnahmenaufteilung	531	523
eTicketing	1.615	796
Haltestellenumfeld-Koordination	181	183
Kundendialog	178	172
Einnahmensicherung	204	205
Qualitätssteuerung Projekt	113	108
Qualitätssteuerung Vertrieb	16	20
KompetenzCenter IT	267	0
Sonstige Umsatzerlöse	269	125
Miet- und Dienstleistungsverträge mit der KCW GmbH, Berlin	67	61
Kostenerstattungen Verbündekooperation	14	14
Umsatzerlöse	7.256	5.814

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Berichtsjahr 2018 im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgaben für Verkehrsunternehmen sowie Weiterberechnungen und Erstattungen.

Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
Regie	6.102	580	5.522
Marktkommunikation (inkl. AG Absatz)	3.152	3.152	0
Verkehrserhebung	763	763	0
Einnahmenaufteilung	531	531	0
eTicketing	1.616	1.616	0
Haltestellenumfeld-Koordination	181	181	0
Kundendialog	178	178	0
Einnahmensicherung	294	294	0
Qualitätssteuerung	17	17	0

Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
KompetenzCenter IT	297	267	30
Gesamt	13.131	7.579	5.552
zuzüglich 19 % USt			1.055
Gesamt Erstattung der Gesellschafter			6.607

Unter **Bestandsveränderungen** wurden in der Vorperiode das begonnene und im Berichtsjahr abgerechnete Projekt zur Entwicklung und Erprobung einer „Hamburger Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDif)“ ausgewiesen.

Der handelsrechtliche Aufwandsüberschuss der Gesellschaft wird durch die gesellschaftsvertraglich festgelegte **Erstattung der Gesellschafter** (Aufwandsausgleich) gedeckt. Der Fehlbeitragsausgleich wird zur Deckung von 42,3 % des Gesamtaufwandes des Unternehmens benötigt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten im Berichtsjahr 2018 im Wesentlichen Fördermittel für das Projekt HaDif und periodenfremde Erträge.

Der **Materialaufwand** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Marketing und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen sowie IT-Kosten. Diese dienen der Wahrnehmung der zentralen Verbundaufgaben, die an die VVU weiterbelastet werden.

Der gestiegene **Personalaufwand** ist hauptsächlich begründet in den tariflichen Gehaltsanpassungen, geringeren Erträgen aus Auflösungen von Rückstellungen für Altersteilzeit sowie eine erhöhte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten unter anderem Büromieten, Kosten für Fremdarbeiten, EDV- und Softwarewartung, Bürobedarf und Drucksachen sowie weitere übliche Verwaltungskosten.

Unter der Position **Zins- / Skontoergebnis** werden Skontoerträge (5 TEUR) ausgewiesen, sowie Zinsaufwendungen (-127 TEUR) im Zusammenhang mit den Rückstellungsverpflichtungen.

Ein **Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag** ist, gesellschaftsvertraglich bedingt, grundsätzlich ausgeschlossen.

2.2. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2018 TEUR	2017 TEUR
Periodenergebnis (vor Aufwandsausgleich der Gesellschafter)	-5.552	-5.458
Abschreibung (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	378	341
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0



	2018	2017
	TEUR	TEUR
Abnahme (-)/Zunahme (+) der langfristigen Rückstellungen	161	-32
Abnahme (-)/Zunahme (+) der sonstigen Rückstellungen	223	-2
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-287	-549
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-1.815	1.770
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-6.892	-3.930
Einzahlungen (+) aus Verkauf Anlagevermögen	254	2
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Anlagevermögen	-619	-565
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-365	-563
Ertragswirksame Erstattungen der Gesellschafter	5.552	5.458
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	5.552	5.458
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.705	965
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.230	3.265
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.525	4.230

Im Geschäftsjahr 2018 war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Die flüssigen Mittel des Finanzmittelfonds sind bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) als Tagesgelder angelegt (2.100 TEUR), sowie Bestandteile der Geschäftskonten bei der Hamburger Sparkasse AG (354 TEUR), der HSH Nordbank AG (jetzt Hamburg Commercial Bank AG) (69 TEUR) und der Kasse (2 TEUR).

2.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage sind die einzelnen Posten der Bilanz nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst. Die Guthaben bei der HGV sind den flüssigen Mitteln zugeordnet.

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	831	15,4	807	11,8	24



	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Sachanlagen	207	3,9	244	3,6	-37
Anlagevermögen	1.038	19,3	1.051	15,4	-13
Unfertige Erzeugnisse	0	0	69	1,0	-69
Fertige Erzeugnisse / Waren	154	2,9	394	5,8	-240
Liefer- und Leistungsforderungen	1.324	24,6	409	6,0	915
Sonstige Vermögensgegenstände	195	3,6	560	8,2	-365
Flüssige Mittel	2.525	46,9	4.230	62,1	-1.705
Umlaufvermögen	4.198	78,0	5.662	83,1	-1.464
Rechnungsabgrenzungsposten	149	2,7	103	1,5	46
Gesamtvermögen	5.385	100,0	6.816	100,0	-1.431
Gezeichnetes Kapital	60	1,1	60	0,9	0
Eigenkapital	60	1,1	60	0,9	0
Pensionsrückstellungen	3.588	66,7	3.299	48,4	289
Altersteilzeitrückstellungen	37	0,7	170	2,5	-133
Jubiläumsrückstellungen	120	2,2	115	1,7	5
Längerfristiges Fremdkapital	3.745	69,6	3.584	52,6	161
Steuerrückstellungen	0		0		0
Übrige Rückstellungen	592	11,0	369	5,4	223
Erhaltene Anzahlungen	0	0	143	2,1	-143
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	147	2,7	1.784	26,2	-1.637
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	668	12,4	521	7,6	147



	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Übrige Verbindlichkeiten	173	3,2	355	5,2	-182
Kurzfristiges Fremdkapital	1.580	29,3	3.172	46,5	-1.592
Fremdkapital	5.325	98,9	6.756	99,1	-1.431
Gesamtkapital	5.385	100,0	6.816	100,0	-1.431

Die Investitionen in **immateriellen Vermögensgegenstände** bestanden im Wesentlichen aus Softwarekomponenten im Rahmen des Relaunches der HVV-Website sowie weitere Ergänzungen zur verbundweiten Einführung des eTicketings.

Die Entwicklung der **Sachanlagen** ist das Ergebnis der Investitionen in der routinemäßigen Ergänzung und Erneuerung von Hardwarekomponenten und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, der Beschaffung eines Dienstfahrzeugs sowie der planmäßigen Abschreibung. Das Unternehmen verfügt neben 5 Personenwagen sowie den üblichen Betriebs- und Geschäftsausstattungen eines Bürounternehmens über kein weiteres Anlagevermögen.

Unter **Unfertige Erzeugnisse** wurde im Vorjahr der Anteil der noch nicht abgerechneten Entwicklungskosten des Projektes zur Entwicklung und Erprobung einer Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDif) dargestellt und im Berichtsjahr abgewickelt.

Die **Fertigen Erzeugnisse / Waren** weisen den Bestand an Chipkarten für die Einführung und den Betrieb des eTicketings aus.

Die **Liefer- und Leistungsforderungen** resultieren im Wesentlichen aus der Jahresendabrechnung der im Geschäftsjahr durch die Gesellschaft erbrachten und gesondert gegenüber den VVU abgerechneten Leistungen der ZVH und ZVG.

Die Position **sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet hauptsächlich Steuererstattungsansprüche (194 TEUR) sowie Abgrenzungen im Rahmen der Direktversicherung.

Die **flüssigen Mittel** setzen sich aus Kassenbeständen, Guthaben bei Kreditinstituten und bei der HGV angelegtem Tagesgeld zusammen.

Die **Eigenkapitalquote** liegt bei 1,1 % bei einer Verminderung der Bilanzsumme um 21,0 %. Durch die gesellschaftsvertraglich vereinbarte Verlustausgleichsverpflichtung sowie adäquate unterjährige Abschläge auf die endgültige Ausgleichsverpflichtung, ist die geringe Kapitalausstattungsquote zu rechtfertigen.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber einem Geschäftsführer sowie für drei weitere Personen im Ruhestand bedingen die **Pensionsrückstellungen**. Im Berichtsjahr wurden 154 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 443 TEUR. Den Verpflichtungen für Pensionszusagen steht das Betriebsvermögen im Wesentlichen in Form der Anlage bei der HGV sowie den Guthaben bei Kreditinstituten gegenüber.

Die **Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen** veränderte sich im Geschäftsjahr durch Inanspruchnahme um -133 TEUR gegenüber der Vergleichsperiode.

Die **übrigen Rückstellungen** enthalten Verpflichtungen für nicht genommene Urlaubstage der Mitarbeitenden (120 TEUR), Teilzeitverpflichtungen im Blockmodell (46 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (282 TEUR), ausstehende Betriebskostenabrechnungen (70 TEUR), Prüfungskosten des Jahresabschlusses und die Steuerberatung der GmbH (25 TEUR), Prüfungskosten der Einnahmenaufteilung (24 TEUR), Prüfungskosten der Kundenzufriedenheitserhebung im Rahmen Qualitätssteuerung (25 TEUR).

In der Vorperiode wurde unter **Erhaltene Anzahlungen** das laufende Projekt HaDif mit den erhaltenen Zahlungen für Entwicklungskosten und Investitionen ausgewiesen und in der Berichtsperiode abgewickelt.

Die **Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten** ergeben sich aus Leistungsabrechnungen des laufenden Geschäfts. Der Wert der Vorperiode war im Wesentlichen begründet in der Abrechnung der ZVH-Maßnahmen, die aufgrund einer deutlich geringeren Etatausschöpfung zu Verbindlichkeiten gegenüber den VVU führten.

Die **Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich** entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr gemäß der Planung / Hochrechnung und den der HVV GmbH auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses.

Die **übrigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Behörden der FHH, aus Steuern und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

3. Umweltbericht

Der aktive Schutz unserer Umwelt wird als ganzheitliche Aufgabe der Unternehmensführung sowie als Bestandteil der Unternehmenskultur gelebt.

Die HVV GmbH handelt, soweit es im Rahmen eines Bürobetriebes möglich ist, ökologisch (Einsatz von Öko-Strom; energiesparender Beleuchtung; Umweltpapier) und fair (Einsatz von fair gehandelten Verbrauchsmaterialien). Ferner fördert die HVV GmbH im Sinne eines innerbetrieblichen Mobilitätsmanagements gezielt die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Durch die Bereitstellung eines Großkundenabonnements (ProfiTicket) legen die Mitarbeitenden das Gros dienstlicher Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Ebenso wird die Nutzung des Fahrrades unterstützt, in dem am Dienstort u.a. witterungsgeschützte, abschließbare Abstellanlagen sowie Umkleide- und Duscmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Flotte von Falträdern wird bereitgehalten.

Die Stellung des HVV als der wesentliche Partner im Mobilitätsverbund in der Region Hamburg wird durch eine Vielzahl von Aktivitäten der Verbundgesellschaft gefördert.

Dazu zählen zum einen längerfristig ausgerichtete Arbeitsschwerpunkte, wie die Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Dies läuft unter der Dachmarke „Switchh“, die von der Hamburger Hochbahn AG entwickelt wurde. „Switchh“ bietet den Kunden mit StadtRAD und Carsharing ergänzende Verkehrsmittel zum umweltfreundlichen ÖPNV-Angebot.

Darüber hinaus engagiert sich die HVV GmbH in verschiedensten umweltbezogenen Fragen. So ist die HVV GmbH im Zuge des Hamburger Klimaplanes an der Erarbeitung eines CO₂-Monitorings im Verkehrsbereich beteiligt. 2018 wurde hier eine umfassende Modellrechnung für den ÖPNV in Hamburg fertiggestellt. Weiterhin bringt sich die HVV GmbH in die fachliche Diskussion und inhaltliche Ausgestaltung der kommunalen Lärmaktions- und Luftreinhalteplanung ein und unterstützt - beispielsweise durch den neuen Wohn- und Mobilitätskostenrechner - eine auf Verkehrsreduzierung ausgerichtete Siedlungsgestaltung und -entwicklung. Schließlich wird im Rahmen des breit gefächerten Aufgabenfeldes der HVV-Haltestellenumfeld-Koordination an bisher fast 50 ausgewählten Haltestellen u.a. auch der Verschmutzung des öffentlichen Raumes aktiv entgegengewirkt.

4. Kundenbericht

4.1. Kundendialog

Der Kundendialog der HVV GmbH war auch 2018 wieder ein wichtiges Bindeglied zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern im HVV. Da der Fahrgast den Kontakt gerne über einen zentralen Ansprechpartner sucht, lief ein großer Teil der mehr als 30.000 Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschläge über das Kontaktformular des zentralen Internetauftritts des Verbundes ein, um dann an die jeweils zuständigen Partner weitergeleitet zu werden. In diesem Netzwerk gibt es zwischen allen beteiligten Unternehmen kurze Wege und schnelle Kommunikation im Interesse des Fahrgastes. Gleichwohl wird stets an weiteren Verbesserungen gearbeitet. Die Erkenntnisse aus der fortlaufenden Interaktion sowohl mit den

Kunden als auch zwischen den einzelnen Beteiligten im Verkehrsverbund werden genutzt, um die Prozesse im Beschwerdemanagement noch effizienter zu gestalten. Wichtigstes Ziel ist es, die seit Jahren hohe Kundenzufriedenheit zu erhalten und möglichst noch zu steigern.

4.2. HVV-Garantie

Die HVV-Garantie besagt, dass ein Fahrgast, der mehr als 20 Minuten zu spät an seinem Ziel ankommt, Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von mindestens 50 Prozent des Fahrpreises hat. Die HVV-Garantie gilt unabhängig davon, welche Ursache die Verspätung oder der Fahrtausfall hat.

Insgesamt wurden im Jahr 2018 Entschädigungen in Höhe von insgesamt 156 TEUR ausgezahlt. Das Antragsniveau hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen (2018: 128.837 Anträge, 2017: 86.123 Anträge; +50%). Begründet werden kann die Zunahme zum einen mit dem weiter zunehmenden Bekanntheitsgrad der HVV-Garantie (wiederholte Medienberichterstattung), zum anderen mit einer allgemein steigenden Erwartungshaltung in Zusammenhang mit Entschädigungsleistungen (auch die Deutsche Bahn verzeichnete im Jahr 2018 einen Anstieg der Entschädigungszahlungen um 50 Prozent). Darüber hinaus resultierte die mit Einführung einer responsiven HVV-Website verbesserte Zugänglichkeit für mobile Endgeräte ab Oktober in spürbar höheren Antragszahlen in den Monaten November und Dezember. Vor diesem Hintergrund ist für das Jahr 2019 mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Das bezogen auf die Gesamtfahrgastzahl dennoch recht niedrige Antragsniveau ist ein Beleg für das insgesamt gute Pünktlichkeitsniveau der HVV-Verkehrsmittel, was auch durch Kundenzufriedenheitsbefragungen bestätigt wird.

5. Risikobericht

Zur Sicherung der Existenz des Unternehmens ist ein vorausblickendes und wirkungsvolles Risikomanagement ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensführung. Sämtliche Risiken müssen von der Geschäftsführung überschaubar und kontrollierbar sein. Risiken werden infolgedessen in die unterjährige Vorausschau, die Mittelfristplanung und die Strategiegespräche einbezogen. Hierzu identifizieren und bewerten regelmäßig alle Bereiche ihre eventuellen Risiken, die zu einem regelmäßigen Risikobericht zusammengefasst und dem Management vorgetragen werden.

Im Bericht der Geschäftsführung zur wirtschaftlichen Lage wird der Aufsichtsrat zu allen ordentlichen Sitzungen über den Stand der Risikoanalyse informiert.

Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen können, sind aktuell nicht erkennbar.

Die Finanzierung des Unternehmens erfolgt durch die verantwortlichen Gebietskörperschaften als Gesellschafter und durch die Berechnung von Leistungen für Dritte.

Die Gesellschaft hält Personal in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen zur Wahrnehmung von Aufgaben für Dritte vor. Fallen diese drittfinanzierten Tätigkeiten weg, ist die Mitarbeiterzahl entsprechend anzupassen. Aus zeitlichen und gegebenenfalls sozialen Aspekten könnte dies zu einer unplanmäßigen Belastung des Etats führen.

Die liquiden Mittel der Gesellschaft werden in Form von Tagesgeldern bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH angelegt. Die Gesellschafter, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sind sich darüber einig, dass die Anlage bei einem Unternehmen der öffentlichen Hand mit nur geringem Risiko behaftet ist.

Der gesellschaftsvertragliche Rahmen lässt keinen Handlungsspielraum zur Wahrnehmung von Chancen in Bezug auf eine Gewinnerreichung zu.

Neben den direkten monetären Risiken stehen durch die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung auch virtuelle Risiken im Fokus. So sind intensive und nachhaltige Anstrengungen in Bezug auf Datensicherheit und Datensicherung ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung, um Gefahren vom Unternehmen abzuwenden und der Verantwortung allen Beteiligten gegenüber gerecht zu werden.

6. Chancenbericht und Prognose



Neben der Erfüllung der Basisaufgaben sind für das Unternehmen als Schwerpunkte für das Jahr 2019 zu nennen:

- die weitere Einführung des eTicketing im gesamten HVV-Verbundraum in enger Zusammenarbeit mit den Verbundverkehrsunternehmen;
- die Systementscheidung für ein smartphonebasiertes Ticketing „Check in-Be out“ und dessen Einführung;
- die Vorarbeiten für die südliche Tarifierweiterung im SPNV zum Ende des Jahres;
- Entwicklung und Bewertung von Tarifreformansätzen;
- Weiterführung des Projektes „Integration des Kreises Steinburg in den Verbund“;
- die Koordination der Maßnahmen zur vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG;
- der Anschub weiterer operativer Maßnahmen im Zuge des demografischen Wandels und dessen Auswirkungen im ÖPNV;
- die Beteiligung an den Planungsarbeiten zum U- und S-Bahnausbau;
- die Mitwirkung beim weiteren Ausbau und der Optimierung der Busverkehre.

Aktuelle gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Ereignisse können weitere ungeplante Aufgaben und Anforderungen der Aufgabenträger begründen.

Um alle sich bietenden strategischen Potenziale optimal ausschöpfen zu können werden die Chancen (und Risiken) des Unternehmens in einem jährlich stattfindenden Strategieworkshop, unter Teilnahme aller Führungskräfte, umfänglich dargelegt und erörtert. Die möglichen Chancen werden wirtschaftlich betrachtet und innerhalb des organisatorischen Rahmens umgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2019 werden keine wesentlichen Änderungen der Rahmenbedingungen erwartet. Im laufenden Jahr wird von leichten Zuwächsen im Umsatz und im Fremdleistungsetat ausgegangen.

Der Rahmen der Gesellschaft wird planerisch für die Folgejahre als unverändert unterstellt. Für das Jahr 2019 ist ein Ergebnisausgleich von 7.629 TEUR brutto durch die Gesellschafter vorgesehen. Vor diesem Hintergrund geht die Gesellschaft in der mittelfristigen Planung unter Einbeziehung aller ergebnisrelevanten Faktoren, von einer jährlichen Steigerung des Ergebnisausgleiches von durchschnittlich 2,0 % aus.

Hamburg, den 15. März 2019

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

gez. Lutz Aigner, Geschäftsführer

gez. Dietrich Hartmann, Geschäftsführer

Bilanz

**Aktiva**

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	1.038.121,28	1.052.000,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	831.471,31	808.000,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	820.971,31	419.000,00
2. geleistete Anzahlungen	10.500,00	389.000,00
II. Sachanlagen	206.649,97	244.000,00
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206.649,97	244.000,00
B. Umlaufvermögen	4.198.563,57	5.661.000,00
I. Vorräte	153.710,07	463.000,00
1. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		69.000,00
a. unfertige Erzeugnisse		69.000,00
2. fertige Erzeugnisse und Waren	153.710,07	394.000,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.619.385,47	4.668.000,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.324.422,53	409.000,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	2.294.962,94	4.259.000,00
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	425.468,03	530.000,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	148.540,92	103.000,00
Summe Aktiva	5.385.225,77	6.816.000,00

Passiva

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	60.000,00	60.000,00
I. Gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto / Kapitalanteile	60.000,00	60.000,00

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
1. gezeichnetes Kapital	60.000,00	60.000,00
B. Rückstellungen	4.336.781,86	3.953.000,00
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.587.991,00	3.299.000,00
2. sonstige Rückstellungen	748.790,86	654.000,00
C. Verbindlichkeiten	988.443,91	2.803.000,00
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		143.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.781,06	1.784.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	146.781,06	1.784.000,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	668.546,95	521.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	668.546,95	521.000,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	173.115,90	355.000,00
davon aus Steuern	82.482,09	77.000,00
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	24.285,89	19.000,00
a. übrige sonstige Verbindlichkeiten	66.347,92	259.000,00
Summe Passiva	5.385.225,77	6.816.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1.2018 - 31.12.2018	1.1.2017 - 31.12.2017
	EUR	EUR
1. Betriebsergebnis	233.023,20	185.000,00
a) Rohergebnis	8.400.075,82	7.906.000,00
Gesamtleistung	7.187.034,21	5.883.000,00
Umsatzerlöse	7.255.754,21	5.814.000,00



	1.1.2018 - 31.12.2018	1.1.2017 - 31.12.2017
	EUR	EUR
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-68.720,00	69.000,00
sonstige betriebliche Erträge	5.938.919,10	5.512.000,00
Materialaufwand	4.725.877,49	3.489.000,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.725.877,49	3.489.000,00
b) Personalaufwand	5.714.740,72	5.325.000,00
Löhne und Gehälter	4.525.562,46	4.331.000,00
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.189.178,26	994.000,00
c) Abschreibungen	378.173,05	341.000,00
Auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	378.173,05	341.000,00
d) sonstige betriebliche Aufwendungen	2.074.138,85	2.055.000,00
2. Finanz- und Beteiligungsergebnis	-121.468,46	-133.000,00
a) sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.357,60	3.000,00
b) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	126.826,06	136.000,00
3. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	107.243,54	48.000,00
4. Ergebnis nach Steuern	4.311,20	4.000,00
5. sonstige Steuern	4.311,20	4.000,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00

Anhang FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

HVV HAMBURGER VERKEHRSVERBUND GESELLSCHAFT MBH, HAMBURG

1. Allgemeine Angaben

Die HVV GmbH hat ihren Sitz in Hamburg und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen. (Reg.Nr. HRB 10497)

Der Jahresabschluss 2018 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Er wurde entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages nach den Grundsätzen für große Kapitalgesellschaften gemäß § 264 ff. HGB erstellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

2. Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Die im Folgenden beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauer für immaterielle Vermögensgegenstände wird mit drei bzw. fünf Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen drei und dreizehn Jahren zugrunde gelegt. Die Abschreibungen erfolgen linear und werden gemäß den geltenden Vorschriften pro rata temporis vorgenommen.

Die geringwertigen Anlagegüter mit einem Anschaffungswert bis zu 800,00 EUR werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Die Vorjahressammelposten werden, letztmalig in 2018, bis zum jeweiligen Ablauf der 5 Jahresfrist abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag bilanziert. Sie werden bei Uneinbringlichkeit ausgebucht. Einzelwertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten lauten auf Euro und sind zum Nominalwert angesetzt.

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben abgegrenzt, die zum Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag führen.

Das Eigenkapital wird zum Nennbetrag gemäß § 272 Abs. 1 S. 2 HGB bilanziert.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt gemäß IDW RS HFA 30 nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren. Rechnungsgrundlage waren die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszins von 3,20 % zum 31. Dezember 2018. Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgte auf Basis der Gehaltsdaten zum 31. Dezember 2018 und einem Gehalts- und Rententrend von 2 % p. a. sowie einer Fluktuationsquote von 0 %. Gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB sind die Altersversorgungsverpflichtungen im Jahresabschluss unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre bewertet worden. Im Vergleich zur Abzinsung mit dem Sieben-Jahres-Durchschnittszins von 2,32 % ergibt sich zum 31. Dezember 2018 ein Unterschiedsbetrag von 425 TEUR, der gemäß § 253 Abs. 6 S. 2 HGB potenziell ausschüttungsgesperrt ist. Eine Ergebnisausschüttung wird im Geschäftsjahr 2018 nicht durchgeführt.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgt gemäß IDW RS HFA 3 unter Berücksichtigung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bewertungsvorschriften. Den Berechnungen wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 0,85 % entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit sowie einen Einkommenstrend von 2 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind nach dem Betrag, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Soweit kein Rückzahlungsanspruch mehr besteht, werden sie ausgebucht.

Aktive und passive latente Steuern werden, soweit vorhanden, miteinander saldiert. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

BILANZERLÄUTERUNGEN

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel ist aus der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Vorräte

Die im Geschäftsjahr 2018 ausgewiesenen Vorräte beinhalten Warenbestände in Höhe von 154 TEUR für den Bestand an Chipkarten für die Einführung und den Betrieb des eTicketings.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag EUR	Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vor- jahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.324.422,53	1.324.422,53	409.490,82
sonstige Vermögensgegenstände	2.294.962,94	2.294.962,94	4.259.400,73
Summe	3.619.385,47	3.619.385,47	4.668.891,55

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 57 TEUR enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen die Kapitalanlage bei der HGV (2.100 TEUR) sowie Anspruch auf Steuererstattungen (194 TEUR) gegenüber der FHH (Gesellschafter), Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg, enthalten.

4. Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel beinhalten zum Stichtag 31. Dezember 2018 einen Kassenendbestand in Höhe von 2 TEUR und ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 423 TEUR.

5. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen gezahlte Versicherungsbeiträge, Marketingaufwendungen und IT-Kosten.

6. Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt am 31. Dezember 2018 60.000,00 EUR.

Gesellschafter sind:

	31.12.2018 EUR	Vorjahr EUR
Freie und Hansestadt Hamburg	51.300,00	51.300,00



	31.12.2018 EUR	Vorjahr EUR
Land Schleswig-Holstein	1.800,00	1.800,00
Landkreis Harburg	600,00	600,00
Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.200,00	1.200,00
Kreis Herzogtum Lauenburg	900,00	900,00
Kreis Pinneberg	900,00	900,00
Kreis Segeberg	900,00	900,00
Kreis Stormarn	900,00	900,00
Landkreis Lüneburg	900,00	900,00
Landkreis Stade	600,00	600,00
	60.000,00	60.000,00

7. Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden mit 154 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 443 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen (749 TEUR) betreffen Urlaubsrückstellungen (120 TEUR), Altersteilzeitverpflichtungen (37 TEUR), Rückstellungen für die Teilzeitverpflichtungen im Blockmodell (46 TEUR), Jubiläumswendungen (120 TEUR), Betriebskostenabrechnungen (70 TEUR), Kundenzufriedenheitserhebung (25 TEUR), Prüfung der Einnahmenaufteilung (24 TEUR), Aufstellungs- und Prüfungskosten für den Jahresabschluss sowie Steuerberatung (25 TEUR) und sonstige ausstehende Lieferantenrechnungen (282 TEUR).

8. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vor- jahr EUR
Erhaltene Anzahlungen	0,00	0,00	143.089,23
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.781,06	146.781,06	1.783.626,78
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	668.546,95	668.546,95	520.798,89
Sonstige Verbindlichkeiten	173.115,90	173.115,90	355.304,83



	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vor- jahr EUR
davon gegenüber Behörden d. FHH	82.482,09	82.482,09	76.740,85
davon aus Steuern	82.482,09	82.482,09	76.740,85
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	24.285,89	24.285,89	18.610,38
Summe	988.443,91	988.443,91	2.802.819,73

Die Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich entsteht aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr und den auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Aufgliederung nach Tätigkeitsbereichen unter Berücksichtigung des BilRUG.

	2018 EUR	Vorjahr EUR
Marktkommunikation	2.578.135,92	2.391.612,41
AG Absatz	460.739,74	549.141,55
Verkehrserhebung	761.794,64	666.485,92
EAV inkl. AFZS-Bus	530.553,61	522.753,59
eTicketing	1.615.218,84	795.750,50
Qualitätssteuerung Projekt	112.947,32	107.889,09
Qualitätssteuerung Vertrieb	16.371,14	20.299,59
Haltestellenumfeld-Koordination	180.752,00	183.011,30
Kundendialog	178.293,58	171.897,14
Einnahmensicherung	203.511,17	204.691,04
KompetenzCenter IT	266.803,47	0,00
Verbünderkooperation	14.250,00	14.250,00



	2018 EUR	Vorjahr EUR
Miet- u. Dienstleistung KCW GmbH	67.356,00	60.912,00
Sonstige Umsatzerlöse	269.026,78	125.206,17
Summe	7.255.754,21	5.813.900,30

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgaben für die Verkehrsunternehmen und Weiterberechnungen sowie Erstattungen.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge unter Berücksichtigung des BilRUG.

	2018 EUR	Vorjahr EUR
Erträge aus der Aufwandserstattung der Gesellschafter	5.552.061,37	5.458.152,24
Erträge aus Fördermittel	182.339,39	0,00
Übrige Erträge	204.518,34	53.482,04
Summe	5.938.919,10	5.511.634,28

Die übrigen Erträge beinhalten im Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen Periodenfremde Erträge (104 TEUR) und Erträge aus der Abwicklung des Projekts HaDif (72 TEUR).

3. Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet Aufwendungen für Marketing- und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen in Höhe von 4.726 TEUR.

4. Personalaufwand

	2018 EUR	Vorjahr EUR
Löhne und Gehälter	4.525.562,46	4.330.439,47
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.189.178,26	994.264,77
Summe	5.714.740,72	5.324.704,24

5. Abschreibungen

Die Abschreibungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Abschreibungen von immateriellen Wirtschaftsgütern 240 TEUR und Abschreibungen von Sachanlagevermögen 138 TEUR.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Inanspruchnahme von Dienstleistungen, sonstige Dienstleistungen, die Miet- und Nebenkosten, Beiträge und Versicherungen, Bürobedarf, Fortbildungskosten sowie Jahresabschluss- und Buchführungskosten. Von den Aufwendungen betreffen 31 TEUR periodenfremde Sachverhalte.

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus erhaltenen Skonti.

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Pensions-, Jubiläums- und Altersteilzeitrückstellungen beträgt 127 TEUR.

9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr 2018 ergeben sich latente Steuern, die aus den von steuerlichen Grundsätzen abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen resultieren und sich wie folgt darstellen:

	Handelsbilanz EUR	Steuerbilanz EUR	Differenz EUR	Latente Steuern (Steuersatz 32,275) EUR
Pensionsrückstellungen	3.587.991,00	2.219.837,00	1.368.154,00	
Altersteilzeitrückstellungen	36.840,00	36.774,00	66,00	
Teilzeit im Blockmodell	46.167,00	35.551,00	10.616,00	
Jubiläumsrückstellungen	120.312,00	84.140,00	36.172,00	
Summe	3.791.310,00	2.376.302,00	1.415.008,00	456.693,83
davon aus Vorjahren			1.199.254,00	387.059,23

Auf eine Aktivierung der vorstehenden aktiven Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Das handelsrechtliche Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf insgesamt 112 TEUR, eine Aktivierung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge erfolgte nicht.

SONSTIGE ANGABEN

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 1.908 TEUR.

Aus Mietverträgen (Objekt Steindamm 94) entstehen für 2019 voraussichtlich Verpflichtungen in Höhe von 386 TEUR und für die Folgejahre 1.031 TEUR.

Der Mietvertrag hat eine Laufzeit von fünfzehn Jahren, mit einer Option auf weitere fünf Jahre, und ist erstmalig zum 31.08.2022 mit einer Frist von 11 Monaten kündbar.

Zum Zeitpunkt der Objektanmietung konnte, aufgrund der Rahmenbedingungen, ein günstiger Mietpreis mittelfristig festgeschrieben werden.

Zum 31.12.2018 bestanden offene Aufträge mit einem Wert von 491 TEUR, die in 2019 abgewickelt werden.

2. Angaben zu den Mitarbeitenden

Der Personalbestand betrug im Jahresdurchschnitt 66 Mitarbeitende (Vorjahr 65) ohne Geschäftsführung.

Die Mitarbeitenden setzen sich im Geschäftsjahr aus 66 Angestellten bei keinen gewerblichen Arbeitnehmenden zusammen.

3. Abschlussprüferhonorar

Für die Prüfung des Jahresabschlusses werden 13.400,00 EUR in Rechnung gestellt.

4. Nicht marktübliche und wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen

Als marktunübliches und wesentliches Geschäft mit nahestehenden Personen ist die im Gesellschaftsvertrag festgelegte Fehlbetragsfinanzierung durch die Gesellschafter zu benennen.

5. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 fand ein Eigentümerwechsel der angemieteten Büroräume statt. Der Mietvertrag besteht unverändert fort. Im weiteren Verlauf sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

6. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Herr Andreas Rieckhof

Staatsrat, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Vorsitzender

Herr Michael Roesberg

Landrat, Landkreis Stade, stellvertretender Vorsitzender

Frau Mona Andresen

Regierungsdirektorin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Frau Christine Beine



Bereichsleiterin, Geschäftsbereich Infrastruktur, Handelskammer Hamburg

Herr Raimund Brodehl

Stellvertretender Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Dr. Rolf-Barnim Foth

Stabsbereichsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Stefan Geisendörfer

Regierungsdirektor, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Frau Petra Grewe

Beteiligungsreferentin, Finanzbehörde Hamburg

Herr Martin Huber

Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Jürgen Krumböhmer

Erster Kreisrat, Landkreis Lüneburg

Herr Klaus Kucinski

Ltd. Kreisbaudirektor, Kreis Stormarn

Herr Dr. Christoph Mager

Landrat, Kreis Herzogtum Lauenburg

Frau Dr. Liane Melzer

Bezirksamtsleiterin, Bezirksamt Altona

Frau Marit Pedersen

Abteilungsleiterin, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg

Herr Rainer Rempe

Landrat, Landkreis Harburg

Herr Jan Peter Schröder

Landrat, Kreis Segeberg

Frau Carmen Schwabl (eingetreten 01.01.2018)

Geschäftsführerin, Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH

Herr Oliver Stolz

Landrat, Kreis Pinneberg

Frau Dr. Tina Wagner

Abteilungsleiterin, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Für die Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr 2018 Sitzungsgelder in Höhe von 4.410,00 EUR gezahlt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Lutz Aigner, – Sprecher der Geschäftsführung –
- Dietrich Hartmann

Die Bezüge der Geschäftsführung im **Berichtsjahr** stellen sich wie folgt dar:

Erfolgsunabhängige Bezüge		Erfolgsabhängige Bezüge		Gesamtbezüge in TEUR	Versorgungsaufwendungen in TEUR
Grundgehalt in TEUR	Nebenleistungen in TEUR	Bezüge in TEUR			
Aigner, Lutz	164	14	21	199	184
Hartmann, Dietrich	131	7	21	159	26
Summen	295	21	42	358	210

* Herr Dietrich Hartmann ist beurlaubter Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen früherer Mitglieder der Geschäftsführung wurde die Erleichterung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung nach dem Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist als Anlage 2 beigefügt.

Hamburg, den 15. März 2019

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Lutz Aigner, Geschäftsführer

Dietrich Hartmann, Geschäftsführer

ANLAGENSPIEGEL 2018

HVV HAMBURGER VERKEHRSVERBUND GESELLSCHAFT MBH, HAMBURG

	AHK 31.12.2017 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	AHK 31.12.2018 EUR
I. Immaterielles Vermögen					
1. Entgelt. erworbt. Rechte und Werte	1.683.577,53	156.980,25	0,00	485.277,00	2.325.834,78
2. Geleistete Anzahlungen	388.915,22	361.231,00	-254.369,22	-485.277,00	10.500,00
Immaterielles Vermögen Gesamt	2.072.492,75	518.211,25	-254.369,22	0,00	2.336.334,78
II. Sachanlagen					
1. Andere Anlagen, BGA	1.177.455,60	101.215,49	-18.700,02	0,00	1.259.971,07
Sachanlagen Gesamt	1.177.455,60	101.215,49	-18.700,02	0,00	1.259.971,07
Summe	3.249.948,35	619.426,74	-273.069,24	0,00	3.596.305,85
		AfA 01.01.2018 EUR	AfA Zugänge EUR	AfA Abgänge EUR	AfA-Kum EUR
I. Immaterielles Vermögen					
1. Entgelt. erworbt. Rechte und Werte		1.265.002,47	239.861,00	0,00	1.504.863,47



	AfA 01.01.2018 EUR	AfA Zugänge EUR	AfA Abgänge EUR	AfA-Kum EUR
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Immaterielles Vermögen Gesamt	1.265.002,47	239.861,00	0,00	1.504.863,47
II. Sachanlagen				
1. Andere Anlagen, BGA	933.709,07	138.312,05	-18.700,02	1.053.321,10
Sachanlagen Gesamt	933.709,07	138.312,05	-18.700,02	1.053.321,10
Summe	2.198.711,54	378.173,05	-18.700,02	2.558.184,57
			BW 31.12.2018 EUR	BW 31.12.2017 EUR
I. Immaterielles Vermögen				
1. Entgelt. erworb. Rechte und Werte			820.971,31	418.575,06
2. Geleistete Anzahlungen			10.500,00	388.915,22
Immaterielles Vermögen Gesamt			831.471,31	807.490,28
II. Sachanlagen				
1. Andere Anlagen, BGA			206.649,97	243.746,53
Sachanlagen Gesamt			206.649,97	243.746,53
Summe			1.038.121,28	1.051.236,81

Corporate Governance

Corporate Governance Erklärung

Entsprechenserklärung 2018 zum HCGK - Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Hamburger Verkehrsverbund GmbH haben im Geschäftsjahr 2018 mit einer Ausnahme alle Regelungen des Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) eingehalten, die jeweils vom Aufsichtsrat und der Geschäftsführung zu verantworten sind (Gliederungspunkte 3 - 7 des HCGK sowie deren Unterpunkte).

Von folgendem Punkt wurde abgewichen:

5.4.8 Falls ein Mitglied des Aufsichtsrates in einem Geschäftsjahr nur an der Hälfte oder weniger der Sitzungen des Aufsichtsrates persönlich teilgenommen hat, soll dies im Bericht des Aufsichtsrates und in der Entsprechenserklärung zum HCGK vermerkt werden.

Drei Mitglieder des Aufsichtsrats haben nur an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2018 persönlich teilgenommen.

Hamburg, den 13. März 2019

gez. Lutz Aigner

gez. Dietrich Hartmann

gez. Andreas Rieckhof

Geschäftsführung HVV GmbH

Aufsichtsratsvorsitzender

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile



Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus



- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 7. Mai 2019

PricewaterhouseCoopers GmbH



Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Burschel, Wirtschaftsprüfer

ppa. Katharina Kaufmann, Wirtschaftsprüferin